

Name der Kommune

Regionalschlüssel

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung gemäß Art. 11 FAG

(Doppik)

1. Antragsteller	
Name der Kommune	
Adresse	
Bankverbindung mit BIC und IBAN	
Ansprechpartner	
Telefon	
E-Mail	
Einwohnerzahl am 31.12.16	

2. Antragsgrundlagen		
2.1 Antrag auf klassische Bedarfszuweisung 2017		
Begründung des Antrags		
Begründungstext für Sonstiges 2017		
Kosten aktuelles Haushaltskonsolidierungsgutachten		
Antragshöhe klassische BZ 2017 in €		
2.2 Antrag auf klassische Bedarfszuweisung 2018		
Begründung des Antrags		
Begründungstext für Sonstiges 2018		
Kosten aktuelles Haushaltskonsolidierungsgutachten		
Antragshöhe klassische BZ 2018 in €		
2.3 Antrag auf Stabilisierungshilfe 2018		
Antragshöhe in €		

3. Verwendungsabsicht der beantragten Stabilisierungshilfe			
Verwendung für	Konkrete Bezeichnung (DarlehensNr. oder Sollfehlbetrag aus Jahr oder Investitionsbezeichnung)	voraussichtlicher Verwendungszeitpunkt (Tilgungsdatum/ Jahr)	Betrag in €
Sondertilgung 1			
Sondertilgung 2			
Sondertilgung 3			
Sondertilgung 4			
Sollfehlbetrag			
Investition 1			
Investition 2			
Investition 3			
Investition 4			
Summen			

Beigefügte Anlagen (bitte entsprechendes ankreuzen):

Lt. Karteireiter dieses Antragformulares:

- Finanzübersicht
- Einzahlungsübersicht 2012-2018
- Aktuelle Lage
- ggf. ergänzende Stellungnahme der antragstellenden Kommune ("StN Gemeinde")
- sofern beantragt: Anlage StabiH

Zudem immer beizufügen:

- Aufstellung freiwillige Leistungen incl. Rechnungsergebnisse der defizitären Einrichtungen (z.B. Bäder, Museen, Sporthallen, Dorfgemeinschaftshäuser) der letzten 3 Jahre

Bei Antrag auf Stabilisierungshilfen zusätzlich (*sofern* noch nicht im Rahmen der Prüfung der Vorjahres-Stabilisierungshilfe eingereicht):

- Haushaltskonsolidierungskonzept
- Tabellarische Übersicht zum HHK (gem. Anlage zum FMS vom 9.3.2018)
- Investitionsprogramm (in Excel-Format)
- Aufstellung aller bestehenden Darlehen unter Angabe des Zinsbindungszeitraums und der Sondertilgungsmöglichkeiten
- Aufstellung zu Schulden und Verlusten außerhalb des Haushalts
- rechtsaufsichtliche Haushaltswürdigung 2018 (ggf. nachreichen)

Hiermit versichere ich, dass die Antragsunterlagen vollständig und wahrheitsgemäß erstellt, sowie alle geforderten Anlagen elektronisch beigefügt worden sind.

Ort, Datum

Unterschrift

Finanzübersicht

Name der Kommune	Regionalschlüssel						
in €	abgerechnet 2013	abgerechnet 2014	abgerechnet 2015	abgerechnet 2016	abgerechnet 2017	HPI2018	FinPlan 2019
Finanzrechnung/ Finanzhaushalt							
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
Saldo aus Investitionstätigkeit							
Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag							
Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag							
Rückflüsse von Ausleihungen (Kontenart 686)							
Einzahlungen aus Veräußerung von AV (FR 17, 18)							
ohne nicht haushaltswirksame Vorgänge							
Finanzmittelfehlbetrag/ -überschuss							
Wertpapiere des Anlage- und Umlaufvermögens (Bestand 31.12.)							
Finanzmittelbestand 31.12. ohne nicht haushaltswirksame Vorgänge incl. Wertpapiere des AV und UV							
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen - Verschuldung innerhalb des Haushalts 1.1.							
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (FR 26a)							
davon Umschuldungen (vgl. 6917X4 und 692XX4 ZuVoKommKR)							
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten (FR 27a)							
davon: ordentliche Tilgung (Kontoart 792x und 7917X)							
Verschuldung innerhalb des Haushalts 31.12.							
Verschuldung außerhalb des Haushalts 31.12.							
Bedarfszuweisungen klassisch							
Stabilisierungshilfe							
StabiH des akt. Jahres, die bis 31.12. verwendet wurde							
Investitionszuschüsse n. Art. 12 FAG							

2. Gewerbesteuereinzahlungen 2017 und 2018 in €:

Im der obigen Tabelle nicht enthaltene Gewerbesteuereinzahlungen, die im Jahr 2017 vereinnahmt und auf Verwahrkonten gebucht wurden

In der obigen Tabelle enthaltene Gewerbesteuereinzahlungen, die im Jahr 2018 vereinnahmt wurden, aber für das Folgejahr bestimmt sind.

Gründe für die Buchung von Gewerbesteuereinzahlungen 2017 auf Verwahrkonten:

--

GewSt-Einzahlungen bis 30. April 2018:

+ Gewerbesteuerforderungen zum 1. Mai 2017

+ offene Forderungen (GewST) aus Vorjahren:

= Gesamtrechnungssoll 2018 (zum Stand 1. Mai 2018):

MUSTER

1. Ergebnisse nach dem Jahresabschluss des abgelaufenen Haushaltsjahres 2017

1.1 Jahresabschluss 2017

	Gesamtbeträge nach Ergebnis-/ Finanzhaushalt (einschl. Nachtragshaushalt) in €	Gesamtbeträge nach Ergebnis-/ Finanzrechnung in €
Ergebnishaushalt/-rechnung		
Gesamtbetrag der Erträge		
Gesamtbetrag der Aufwendungen		
Saldo Jahresergebnis (Gewinn/ Verlust)		
Finanzhaushalt/ -rechnung		
Gesamtbetrag der Einzahlungen		
Gesamtbetrag der Auszahlungen		
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit		
Gesamtbetrag der Einzahlungen		
Gesamtbetrag der Auszahlungen		
Saldo aus Investitionstätigkeit		
Gesamtbetrag der Einzahlungen		
Gesamtbetrag der Auszahlungen		
Saldo aus Finanzierungstätigkeit		
Finanzmittelüberschuss/- fehlbetrag		
zuzüglich Anfangsbestand an Finanzmitteln ohne nicht haushaltswirksame Vorgänge		
Finanzmittel am Jahresende ohne nicht haushaltswirksame Vorgänge		

1.2 Erläuterungen zum Jahresabschluss

außerordentliches Ergebnis

Begründung, soweit das außerordentliche Ergebnis für die Beurteilung der Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung ist (§ 82 Abs. 4 KommHV-Doppik)

1.3 Berechnung des Vergleichswertes zur Kameralen Pflichtzuführung

	Betrag in €
Ordentliche Tilgung 2017	
abzüglich Einzahlungen aus der Veräußerung von Anlagevermögen (FR 17, 18)	
abzüglich Finanzmittelfehlbetrag	
= Vergleichswert analog zu kameraler Pflichtzuführung	

2. **Veränderung des Finanzmittelbestandes, des Bestandes der Wertpapiere des Anlage- und Umlaufvermögens und der Ausleihen**

	31.12.2016	31.12.2017
Finanzmittelbestand ohne nicht haushaltswirksame Vorgänge incl. Endbestand Wertpapiere des AV und UV		
Endbestand der Ausleihungen		
Mindestrücklage analog zur Kameralistik		

3. **Entwicklung der Kassenkredite (Art. 73 GO)**

Ein Fünftel der im Finanzhaushalt veranschlagten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit Kassenkredithöhe lt. Haushaltssatzung des Jahres in €

Entwicklung der **Kassenkredite 2018:**

	Jan 18	Feb 18	Mrz 18	Apr 18	Durchschnitt
	€	€	€	€	€
Maximaler Betrag					
Niedrigste Ausschöpfung					
Durchschnittliche					

4. **Ausschöpfung Einnahmemöglichkeiten**

4.1 **Ergebnis der Jahresrechnung bei den kostenrechnenden Einrichtungen**

	letzter Kalkulationszeitraum (z.B. von 2014-2016)	Ergebnis des letzten Kalkulationszeitraums lt. Nachkalkulation in €	aktueller Kalkulationszeitraum (z.B. 2017-2019)	Das Ergebnis des letzten Kalkulationszeitraums wurde in Höhe von ___€ im aktuellen Kalkulationszeitraum berücksichtigt	Unterdeckung wurde vollständig berücksichtigt
Friedhof 1					
Friedhof 2					
Wasserversorgung 1					
Wasserversorgung 2					
Wasserversorgung 3					
Abwasserbeseitigung 1					
Abwasserbeseitigung 2					
Abwasserbeseitigung 3					

Begründung für fehlenden Ausgleich bei oben genannten Einrichtungen und/oder wenn Unterdeckungen nicht vollständig im aktuellen Kalkulationszeitraum berücksichtigt wurden:

--

4.2 **Erschließungsbeiträge** gemäß Art. 5a KAG

Eigenbeteiligung der Gemeinde gem. Erschließungsbeitragsatzung in %

4.3 **Aktuelle Realsteuerhebesätze**

Grundsteuer A mindestens im Größenklassendurchschnitt
 Grundsteuer B mindestens im Größenklassendurchschnitt
 Gewerbesteuer mindestens im Größenklassendurchschnitt

ja/nein	Hebesatz	GKI.-Ø 2016

Wenn nein, bitte hier jeweils begründen:

5. **Entwicklung der Fehlbeträge und des Eigenkapitals**

5.1 **Finanzmittelfehlbeträge 2013-2016**

Falls Finanzmittelfehlbeträge in den Jahren 2013-2016 entstanden sind, bitte die Ursachen einzeln nach Jahren darstellen und angeben, wann diese Fehlbeträge mit kommunalen Finanzmitteln ausgeglichen wurden.

Fehlbetrag	abgedeckt im Jahr
Fehlbetrag 2013:	
Fehlbetrag 2014:	
Fehlbetrag 2015:	
Fehlbetrag 2016:	

5.2 **Fehlbeträge nach Art. 24 Abs. 4 KommHV-Doppik**

entstanden im Jahr	Betrag in €	Ausgleich im Jahr
2014		
2015		
2016		
2017		

5.3 **Veränderung des Eigenkapitals (Bilanz)**

Jahr	Betrag in €
2014	
2015	
2016	
2017	

6. **In den letzten 3 Jahren durchgeführte bzw. begonnene Baumaßnahmen**

Bezeichnung	Finanzrechnung	Gesamtkosten in €	Eigenanteil in €
Baumaßnahmen (2015 - 2017)	FR 21		
<i>Beispiel 1</i>			
<i>Beispiel 2</i>			
<i>Beispiel 3</i>			
<i>Beispiel 4</i>			
<i>Beispiel 5</i>			

7. **Freiwillige Leistungen in den letzten 3 Jahren (bitte im Anlagendokument erläutern)**

Bei der Aufstellung der freiwilligen Leistungen ist darauf zu achten, dass diese abschließend ist, u.a. sind auch Defizite der defizitären Einrichtungen (z.B. Bäder, Museen, Sporthallen, Dorfgemeinschaftshäuser) aufzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass **alle Ausgaben** und **Defizite** zu erfassen sind, die **nicht** den **Pflichtaufgabenbereich betreffen**.

Finanzrechnung	2015	2016	2017
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit für freiwillige Leistungen in€			
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit für freiwillige Leistungen in€			
Gesamt in €			
Einwohner zum 31.12.			
Gesamt in €/EW			

- Ende -

MUSTER

Antragsabschnitt nur für Stabilisierungshilfe

1. Voraussetzungen

Die **drei** Voraussetzungen für Gewährung einer Stabilisierungshilfe sind

1. finanzielle Härte (1.1)
2. strukturelle Härte (1.2)
3. Konsolidierungswille (1.3)

1.1 Finanzielle Härte

Saldo der freien Finanzspannen in den letzten 5 Jahren vor Antragstellung muss negativ sein (Minuszeichen bedeutet negative freie Finanzspanne):

in T€	2013	2014	2015	2016	2017	Saldo 2013 bis 2017
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit						
ordentliche Tilgung						
Stabilisierungshilfe						
freie Finanzspanne						

Wenn der Saldo positiv ist, ist eine **dezidierte Begründung** der Kommune zur aktuellen Finanzlage erforderlich, um die finanziellen Härte darzulegen. Dabei ist u.a. auf die Entwicklung der freien Finanzspannen, Verschuldung, Finanzmittelbestand (ohne Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten und sonstigen nicht haushaltswirksamen Vorgängen, Bestand an Wertpapieren des Anlagevermögens und Ausleihungen, die Entwicklung des Eigenkapitals sowie die finanzielle Bewegungsfreiheit einzugehen.

Begründung hier:

1.2 Strukturelle Härte

a) geringe Steuerkraft

Die **Steuerkraft** ist im **Verhältnis zum jeweiligen Größenklassendurchschnitt** in den 5 Jahren vor dem Antragsjahr im Durchschnitt dieser 5 Jahre weit unterdurchschnittlich (in der Regel mindestens 20 % unter dem Größenklassendurchschnitt)

Abweichung der Steuerkraft der antragstellenden

Kommune zum jeweiligen Größenklassendurchschnitt:

in %

b) überdurchschnittlicher Einwohner-Rückgang

In den letzten 10 Jahren vor dem Jahr der Antragstellung in der Regel ab einem Rückgang von 5 %

Einwohnerzahl am 31.12.2006

Einwohnerzahl am 31.12.2016

Einwohnerentwicklung

entspricht

in %

c) geringe Einwohnerzahl im Verhältnis zur Fläche der Kommune

In der Regel höchstens 25% des Bayern-Durchschnitts 2016
EW/qkm der antragstellenden Kommune

Dies entspricht bezogen auf den Bayern-Durchschnitt

in %

d) unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungskraft

Hierzu können konkret vorliegende wirtschaftsstrukturelle Probleme einschließlich der Situation am Arbeitsmarkt vor Ort vorgebracht werden, z.B. hohe Arbeitslosenquote, (Angabe in %), Insolvenz großer Betriebe, schlechte Verkehrsanbindung, sonstiges

Erläuterung hier nur notwendig, wenn weder a) noch b) noch c) erfüllt werden:

1.3 Konsolidierungswille

Vorzulegen ist ein Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß dem "10-Punkte-Katalog"
incl. "Tabellarischer Übersicht zum Haushaltskonsolidierungskonzept".

Die **Erstellung** des **Haushaltskonsolidierungskonzepts** samt "Tabellarischer Übersicht"
obliegt der antragstellenden Kommune und ist vom Gemeinde-/Stadtrat
zu **beschließen**; das Haushaltskonsolidierungskonzept ist von der Gemeinde/Stadt **umzusetzen**.
Konsolidierungsmaßnahmen sind nicht nur umzusetzen, sondern auch **fortlaufend** dahingehend zu
prüfen, ob Anpassungen/Neuerungen zur Beibehaltung des Konsolidierungskurses erforderlich sind.

Sofern im Rahmen der örtlichen oder überörtlichen Rechnungsprüfung Einspar- oder
Einnahmepotentiale festgestellt werden, sind diese in das Haushaltskonsolidierungskonzept
einzuarbeiten.

Hinweis für Erstantragsteller:

Falls im Zeitpunkt der **erstmaligen** Antragstellung noch kein abschließendes
Haushaltskonsolidierungskonzept erstellt werden konnte, ist Folgendes einzureichen:

- Haushaltskonsolidierungskonzept: **dessen bereits erarbeiteter Teil**, in dem die
aktuellen und ggf. in der Vergangenheit (max. 5 Jahre zurückliegend) bereits
beschlossenen Umsetzungen dargestellt werden samt "Tabellarische Übersicht zum HHK"
und
- Beschluss des Gemeinde-/Stadtrates mit einer entsprechenden Absichtserklärung zur
Erstellung eines 10-Punkte-Konzepts

Nur in **begründeten Ausnahmefällen** genügt bei **erstmaligen** Antragstellern ein Beschluss des
Gemeinde-/Stadtrates mit einer entsprechenden Absichtserklärung zur Erstellung eines
10-Punkte-Konzeptes.

2. Schulden und Sondertilgungsmöglichkeiten

a) Schulden:

Aufstellung über alle zum 31.12.2017 bestehenden Schulden (siehe Anlagendokument)

Verschuldung innerhalb HH

davon: rentierliche Verschuldung (Wasser, Abwasser, Friedhof)
übrige

Verschuldung außerhalb HH

davon: rentierliche Verschuldung (Wasser, Abwasser, Friedhof)
übrige

Summe aller Geschäftsbesorgungsverträge

Gesamtverschuldung zum 31.12.2017

Summe aller Bürgschaften zum 31.12.2017

--

b) Sondertilgungsmöglichkeiten (Bitte hierzu Anlagendokument ausfüllen bzw. beifügen):

Aufstellung **aller** bestehenden **Darlehen** unter Angabe des jeweiligen Aufnahmezeitpunkts, Aufnahmebetrags, Zinsbindungszeitraumes und der Darlehensstände zum 31.12.2017 sowie 31.12.2018.

Zudem Angabe, ob in der Zeit von Oktober 2018 bis Dezember 2019 Sondertilgungsmöglichkeiten bzw. Ablösung von Darlehen mit auslaufender Zinsbindung (ohne Vorfälligkeitsentschädigung) bestehen.

Sollten im benannten Zeitraum keine entgeltfreien Tilgungen möglich sein, können auch entgeltbehaftete Sondertilgungen benannt werden (Hinweis: Sofern für entgeltbehaftete Sondertilgungen Stabilisierungshilfen gewährt werden, müsste das entstehende Vorfälligkeitsentgelt von der Kommune erbracht werden!)

c) Verluste der Sondervermögen mit Sonderrechnung (insb. Eigenbetriebe), Kommunalunternehmen und Unternehmen in privater Rechtsform mit einer Beteiligung von über 50 %

(Bitte hierzu auch Anlagendokument ausfüllen)

Entstanden im Jahr 2016 Verluste aus o.g. Betrieben?

Wurden diese durch die Kommune (bei Konto 7315 und 7317) gedeckt?

Wenn diese und/oder Verluste aus den Vorjahren (noch) nicht ausgeglichen wurden:

In welcher Höhe besteht ein noch auszugleichender Verlust?

--

Wann und wie soll dieser Verlust ausgeglichen werden?

--

3. Investitionsprogramm

Bitte Investitionsprogramm entsprechend § 9 Abs. 2 KommHV-Doppik für den aktuellen Finanzplanungszeitraum in das Anlagendokument einfügen (als Excel).

Kurzübersicht Investitionsprogramm 2018	Kosten	Eigenanteil lt. HPL.
Summe der 2018 geplanten Investitionen		
geplante Kreditneuaufnahme 2018		
Fremdfinanzierungsquote des Eigenanteils		

4. **Für Kommunen, die bereits 5 oder mehr Raten an Stabilisierungshilfe erhalten haben:**

Schuldenabbau		2017	2018	2019
Gesamtsumme der Kreditaufnahmen (ohne Umschuldung)				
Gesamtsumme der ordentlichen Tilgungen				
Verhältnis von Kreditneuaufnahme zu ordentlicher Tilgung				

Wenn Verhältnis 2018 deutlich >67%: Begründung für (fehlenden/geringen) Schuldenabbau sowie Maßnahmen, um Ziel (finanzielle Leistungsfähigkeit) dennoch zu erreichen.
 Sofern Verhältnis >100 %: Angabe, wie Zins- und Tilgung für Netto-Neuverschuldung trotz Finanznotlage erwirtschaftet werden sollen (s. auch Nr. 1 des "10-Punkte-HHK"):

b) Begründung des besonderen Bedarfs für mehr als 5 Raten Stabilisierungshilfe

Hierbei ist insbesondere darauf einzugehen, warum die Kommune (aus finanzieller Sicht) mehr als 5 Raten Stabilisierungshilfe beantragt bzw. nach ihrer Meinung erhalten soll sowie wann die finanzielle Leistungsfähigkeit erreicht werden soll.

-Ende-

Name der Kommune

Regionalschlüssel

Finanzielle Bewegungsfreiheit

Haushaltsjahr	2014	2015	2016	2017	HPI 2018
Bezeichnung	€	€	€	€	€
1. Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (FH/FR S2)					
abzüglich					
1.1. Bedarfszuweisungen (Kontenart 612)					
1.2. Ordentliche Tilgung von Krediten (unter Kontenart 792X und 7917X)					
zuzüglich					
1.3. Rückflüsse von Ausleihungen, Darlehen (Kontenarten 686, 695)					
1.4. Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG					
bereinigtes Ergebnis					
2. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (FH/FR S1)					
abzüglich					
2.1. Bedarfszuweisungen (Kontenart 612)					
Bereinigte Einzahlungen Finanzhaushalt					
finanzielle Bewegungsfreiheit					
3. Verschuldung (innerhalb HH) zum 1.1. des jeweiligen Jahres in T€					
Tilgungsquote					
4. Verschuldung (außerhalb HH) zum 1.1. des jeweiligen Jahres in T€					



Stellungnahme zum Antrag auf klassische Bedarfszuweisung und/oder Stabilisierungshilfe

MUSTER